

Familienbildung jetzt verlässlich und nachhaltig sichern!

Die flächendeckende Verankerung von Familienbildung als Bestandteil der nahräumlichen sozialen Infrastruktur und selbstverständlichen Daseinsvorsorge für alle Familien ist im Sinne einer ganzheitlichen Familienförderung essentiell und seit langem überfällig.

Die aktuelle Krise zeigt deutlich, dass eine wohnortnahe, offene und fachkompetente Familienbildung unverzichtbar ist: Wo Familien lokal Angebote nutzen können, sehen sie sich weniger allein gelassen.

Familienbildungseinrichtungen konnten während des Lockdowns die Familien in ihren konkreten Belastungen telefonisch begleiten und ihre Fragen und Zukunftssorgen in digitalen Foren oder eigenen Videoclips aufgreifen. Aktuell sind sie dabei, angesichts der langfristig zu erwartenden Einschnitte und Belastungen für Familien passende Formate der Unterstützung und gemeinsamen Orientierung zu entwickeln. Viele Kinder, Eltern und Großeltern wollen nicht nur auf ihr privates Umfeld beschränkt sein - sie möchten an einem öffentlichen Ort ungezwungen Alltagsunterstützung finden, sie möchten an einem vertrauten Ort im Sozialraum mit anderen Familien ins Gespräch kommen können.

Durch die Krise ist jedoch auch deutlich geworden, wie heterogen und insgesamt prekär die Familienbildung finanziert und gefördert wird: Vor der Krise waren die Einrichtungen und Angebote gerade noch ausreichend finanziert. Einen erheblichen Teil hierzu trugen knapp zu kalkulierende Teilnehmendenbeiträge bei, die dennoch für Menschen in Armut als Zugangshindernis wirkten. Jetzt sind viele Einrichtungen durch vorübergehende Schließungen und weiterhin anhaltende Beschränkungen in eine dramatische wirtschaftliche Schiefelage geraten. Die unterschiedlichen Rettungsprogramme für Sozialdienstleister greifen in diesen Fällen nur wenig und bieten zudem keine nachhaltige Perspektive. Nach Einschätzung der bundeszentralen Verbände der Familienbildung ist ein erheblicher Teil der Einrichtungen und Anbieter familienbildender Maßnahmen, insbesondere Einrichtungen in strukturschwachen Regionen und Milieus, existenziell gefährdet. Sie werden ihr ohnehin knappes Personal und damit auch ihr Angebot reduzieren müssen, nicht wenigen droht die Schließung. So ist zu befürchten, dass es künftig vor allem dort keine Angebote mehr geben wird, wo die Bildungsbenachteiligung von Kindern, Eltern und Großeltern ohnehin sehr ausgeprägt ist und sich im Zuge der Corona-Pandemie weiter verschärft hat. So rächt sich in der Krise, dass vielen Anbietern seit Jahren eine tragfähige und verlässliche finanzielle Basis fehlt. Hier muss jetzt sozial- und bildungspolitisch gehandelt werden!

Kita- und Schulschließungen, Lockdown, ausgefallene Nachhilfeangebote und familiäre Mehrbelastungen waren eine große Herausforderung für die Familien in Deutschland. Bei der Bewältigung der Nachwirkungen kommt der Familienbildung eine zentrale Rolle zu. Familien benötigen mehr denn je eine verlässliche Infrastruktur, die sie darin unterstützt, das Erlebte aufzuarbeiten und neue Handlungsoptionen zu entwickeln.

Als Fundament unserer Gesellschaft verdienen Familien Akzeptanz, Wertschätzung und Unterstützung in den vielfältigen Aufgaben, die sie durch Erziehung, Bildung, Sozialisation und Fürsorge jeden Tag immer wieder neu erfüllen und die die Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts bilden. Bildungs- und Teilhabechancen dürfen nicht noch stärker vom sozioökonomischen Status abhängig werden. Bund, Länder und Kommunen müssen daher alles tun, um Familien frühzeitig und nachhaltig durch vielfältige Angebote in ihren verantwortungsvollen Aufgaben zu unterstützen – durch eine starke Familienbildung!

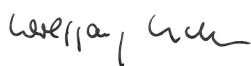
Um die integrative Kraft und die sozialräumliche Bedeutung der Familienbildung in allen Regionen Deutschlands zu erhalten, muss Politik einen geeigneten Rahmen gewährleisten. Wir sehen Bund, Länder und Kommunen in der Pflicht, die Familienbildung bundesweit zu stabilisieren und so auszustatten, dass diese in der Lage ist, ihren wichtigen öffentlichen Auftrag flächendeckend zu erfüllen. Deshalb muss deren Zukunft und Finanzierung gesichert sein – überall in Deutschland.

Wir fordern vor diesem Hintergrund:

1. Ein klares Bekenntnis von Bund, Ländern und Kommunen zur Förderung ausreichender und qualitativ hochwertiger Familienbildungsangebote, die der Vielfalt der familiären Lebenswelten gerecht werden: Die Angebote der Familienbildung müssen selbstverständlich und als Teil der öffentlichen sozialen Daseinsvorsorge verlässlich allen Familien zur Verfügung stehen.
2. Struktur und Finanzierung der Familienbildung in Deutschland nachhaltig und zukunftsfähig absichern: Die Länder müssen Maßnahmen und Förderbedingungen verabschieden, die geeignet sind, Familienbildungsanbieter über die Krise hinaus zu stabilisieren. Diese müssen der differenzierten Trägerstruktur ebenso Rechnung tragen wie den regionalen Unterschieden. Darüber hinaus müssen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass zum einen die Fachkräfte in der Familienbildung eine angemessene und tarifgebundene Entlohnung erhalten und zum anderen fachkompetente Honorarkräfte eine leistungsgerechte Bezahlung erhalten können.
3. Mehr verlässliche Verantwortungsübernahme durch den Bund für eine auch zukünftig in der Fläche leistungsfähige Familienbildung: Ein nachhaltig angelegtes Förderprogramm des Bundes ist aufzulegen, das die Einrichtungen beim fortschreitenden digitalen Wandel unterstützt und Rahmenbedingungen schafft, die es der Familienbildung ermöglichen, sich den anstehenden strukturellen und fachlichen Herausforderungen zu stellen und ihrem öffentlichen Auftrag gerecht zu werden.
4. Familienbildung zeitgemäß gestalten: Die förderrechtlichen Bedingungen der Länder sind kontinuierlich an die neuen Angebote und Formate, wie sie derzeit entwickelt und umgesetzt werden, anzupassen. Sowohl die Entwicklung und Umsetzung digitaler Formate als auch die Ausstattung der Einrichtungen mit der entsprechenden Hard- und Software müssen als förderfähig anerkannt und mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt werden.

Es ist an der Zeit, die gesellschaftliche und auch politische Dimension von Familienbildung anzuerkennen und für die Familienbildung endlich ausreichende Ressourcen an Zeit, Geld und Knowhow bereitzustellen. Nur so kann zu guten strukturellen Rahmenbedingungen für Familien und Kindern in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit beigetragen, Bildungsbenachteiligungen abgebaut und die selbstverständliche Begleitung von Familien als grundsätzliches Prinzip in Gesellschaft und Politik verankert werden.

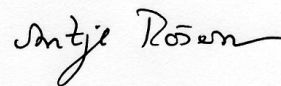
Berlin/Bonn/Münster/Frankfurt, 07.09.2020



Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. (AWO)
Blücherstraße 62 - 63, 10961 Berlin
info@awo.org, Tel. 030/26 309-0



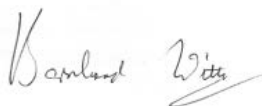
Dr. Judith Weber, Vorsitzende
Arbeitsgemeinschaft für katholische
Familienbildung AKF e.V.
Mainzer Str. 47, 53179 Bonn
info@akf-bonn.de, Tel. 0228/371877



Antje Rösener, Vorsitzende
Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft
für Erwachsenenbildung e.V. (DEAE)
Schreiberstr. 12, 48149 Münster
info@deae.de, Tel. 0251/9810143



Dr. Martin Bujard, Präsident
evangelische arbeitsgemeinschaft
familie e.V. (eaf)
Auguststr. 80, 10117 Berlin
info@eaf-bund.de, Tel. 030/28395400



Bernhard Witte, Mitglied Leitungsteams
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft
für Einrichtungen der Familienbildung
Mainzer Str. 47, 53179 Bonn
bag@familienbildung-deutschland.de,
Tel. 0228/9348747



Josef Schädle, Vorsitzender
Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.
Heinrich-Hoffmann-Str. 3
60528 Frankfurt/Main
weppeler@pb-paritaet.de, Tel. 069/6706271